

Die wirtschaftliche Demobilisierung.

Wien, 19. Dezember.

In der heutigen Sitzung des Hecresauschusses der ungarischen Delegation hielt Magnatenhausmitglied Adolf v. Ullmann eine bemerkenswerte Rede über Fragen der wirtschaftlichen Demobilisierung. Die interessanten Erörterungen des Redners, die in weiten Kreisen unseres Wirtschaftslebens ohne Zweifel verdiente Beachtung und sympathische Aufnahme finden werden, geben wir in folgendem wieder:

Mit aufrichtigem Danke nehmen wir die Äußerungen Sr. Excellenz des Herrn Kriegsministers entgegen, in welchen er erklärt, daß er es für notwendig hält, nach Beendigung des Krieges die große Menge der zur Verfügung der Heeresverwaltung stehenden Materialien, Maschinen, Automobile usw. für die Zwecke der Privatwirtschaft zu überlassen, um die friedliche Entwicklung unserer Volkswirtschaft auch nach dieser Richtung zu erleichtern. Sr. Excellenz der Herr Kriegsminister hob jedoch mit besonderem Nachdruck hervor, daß „aus diesem Ueberlassungsprozeß der Zwischenhandel ausgeschaltet bleiben muß“.

Zwischen dem Begriff des Handels und der Vermittlung kann kaum eine Grenzlinie gezogen werden. Wo der Produzent nicht unmittelbar mit dem Konsumenten in Berührung tritt, dort muß stets die vermittelnde Rolle des Handels zur Geltung kommen, so daß die Äußerung Sr. Excellenz in dem Sinne interpretiert werden kann, daß er die Tätigkeit des Handels von dem erwähnten Verwertungsprozeß vollständig auszuschließen beabsichtigt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es im Laufe des Krieges Kaufleute gab, die sich schwere Ausschreitungen zuschulden kommen ließen, doch kann auch nicht bezweifelt werden, daß ähnliche Symptome in anderen Zweigen unseres Wirtschaftslebens ebenfalls zu konstatieren waren. Offenbar haben diese Mißbräuche die Grundlage zur Ausgestaltung der Ansicht Sr. Excellenz des Herrn Kriegsministers gegeben, weil in der ersten Phase des Krieges derartige Vergehen nicht vereinzelt vorgekommen sind, allerdings konnte seither eine entschiedene Besserung der Verhältnisse wahrgenommen werden. Es kann nur mit Bedauern festgestellt werden, daß seinerzeit im Kriegsministerium viele minderwertige Vermittler vorgekommen sind, die mit dem legitimen Handel blutwenig zu tun hatten. Wie wir aus einzelnen Prozessen erfahren haben, konnten abenteuerliche Individuen namhafte Aufträge erhalten, indem sie hiedurch den Interessen des legitimen Handels einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zugefügt haben. Ich könnte zahlreiche erstklassige und über jeden Verdacht erhabene Firmen anführen, die sich unter Einwirkung der damaligen Vorkommnisse von jeder unmittelbaren geschäftlichen Verbindung mit der Heeresverwaltung fernhalten.

Es ist wohl überflüssig, die Bedeutung des Handels nachdrücklich hervorzuheben, doch möchte ich an dieser Stelle auf den wichtigen Beruf und auf die gesteigerte Tätigkeit hinweisen, die unser Handel nach Wiedereintritt des Friedens zu gewärtigen hat. In erster Reihe müssen die abgebrochenen Beziehungen mit den ausländischen Märkten je früher wieder hergestellt, ja sogar auch bedeutend vertieft werden. Sobald es nur irgend möglich ist, müssen wir unseren Ausfuhrhandel — schon im Hinblick auf die Gestaltung unserer Valuta — wieder in gesunde Bahnen lenken und auch dem Importhandel obliegt die Lösung ähnlicher großzügiger Aufgaben.

Betrachten wir nun, welche materiellen und volkswirtschaftlichen Nachteile es mit sich bringen würde, wenn die Kriegsverwaltung die ihr jetzt zur Verfügung stehenden Artikel unter restloser Ausschaltung des Handels zur Verwertung bringen möchte. Es ist mir klar, daß jene Menge von Bedarfsgegenständen, insbesondere Lebensmitteln, Bekleidungsartikeln usw., über die die Heeresverwaltung im Zeitpunkte des Friedensschlusses disponieren wird, im Benehmen der Behörden — nicht auf Grund der Quote, sondern im Verhältnis der Bevölkerungszahl — nach Maßgabe des Nationalierungsprinzips und des Bewußtseinsprinzips den Konsumenten zugeführt wird. Ich weiß ferner, daß auch bei dem Verkaufe der gegenwärtig zur Verfügung der Armee stehenden Tiere der Handelsvermittlung keine Bedeutung beizumessen ist, so daß ich nur im betrefi der im Dienste der Armee stehenden Automobile, Pampspflüge, Maschinen, sowie sonstiger industrieller Materialien und Werkzeuge darauf hinweisen möchte, welche Schattenseiten es hätte, wenn bei der Verwertung dieser Artikel die Mitwirkung des Handels gänzlich ausgeschaltet würde. Die Negligierung des legitimen Handels würde vor allem einen materiellen Nachteil für das Staatsräar bedeuten. Nehmen wir zum Beispiel den größten Posten: die Automobile, deren Wert viele hundert Millionen beträgt. Unter denjenigen, die Luxusautomobile zu kaufen müßten, werden wahrscheinlich nicht viele auf die gewiß sehr beschädigten Automobile der Armee reflektieren, diejenigen aber, die für landwirtschaftliche oder geschäftliche Zwecke Automobile anzuschaffen wünschen ebenso wie jene, die Maschinen, Pflüge oder industrielle Werkzeuge benötigen, pflegen solche Investitionen — wie wir dies aus der Praxis wissen — größtenteils

nur auf Raten, beziehungsweise auf Kredit vorzunehmen. Da nun aber solche Kredittransaktionen in den Agendenkreis des Kriegsministeriums schwerlich aufzunehmen wären, könnten diese Defizienten beträchtlicher Anzahl in Ermangelung entsprechender Vermittel bei der Regierung kaum als unmittelbare Käufer auftreten. Die Vertreter des Handels jedoch wären in der Lage, große Posten Automobile in der Absicht zu kaufen, sie unter Gewährung von längeren Barkrediten sukzessive weiterzugeben. Hiedurch könnte vor allem im Wege der Sicherung des erwähnten Kaufpreises die Erhöhung der Zahl der Abnehmer erreicht werden, was auf die seitens der Kriegsverwaltung zu erzielenden Preise eine günstige Wirkung auszuüben vermag. Gleichzeitig könnte aber auf diesem Wege auch die Möglichkeit geboten werden, daß die in Rede stehenden Materialien und Werkzeuge zwecks ökonomischer Verwendung auch von solchen Individuen erworben werden können, die mit bescheideneren Mitteln ausgestattet sind. Die Rolle des Handels würde sich jedoch in gewerbepolitischer Beziehung auch aus einem anderen Gesichtspunkte als erprießlich erweisen. Bleiben wir bei unserem bisherigen Beispiel: bei den Automobilen. Es bedarf keiner weiteren Erklärung, daß es die Entwicklung der in der letzten Zeit mit vielen Schwierigkeiten und großen Opfern ins Leben gerufenen jungen ungarischen Automobilindustrie weniger hindernd berühren würde, wenn der größere Teil der ungeheuren Menge der zur Verfügung der Heeresverwaltung stehenden Automobile in die Hände von Kaufleuten übergeführt werden würde, die sie schon in ihrem eigenen wohlwolligen Interesse nur sukzessive in den Verkehr bringen, als wenn diese Automobile auf einmal in Massen auf den Markt geworfen würden.

Ich würde es für sehr zweckmäßig halten, wenn ein Teil der in Rede stehenden Materialien, so in erster Linie Automobile, Schienen zu schmalspurigen Eisenbahnen, sowie Lokomotiven und Waggons zu solchen Eisenbahnen möglichst im Auslande abgesetzt würden. Es ist mir bekannt, daß von seiten einiger Kolonien sich in dieser Richtung bereits reges Interesse zeigt. Ich würde eine teilweise Placierung im Auslande nicht nur aus dem Grunde für vorteilhaft halten, weil die in Frage kommenden ungeheuren Mengen hierzulande ohnehin nicht auf einmal Absatz finden würden, sondern auch deshalb, weil hiedurch beträchtliche ausländische Devisen beschafft werden könnten. Wie ich schon in betrefi der Automobile hervor gehoben habe, hätte es schon aus gewerblichem Gesichtspunkte Bedenken, wenn durch das massenweise Angebot der zur Verfügung des Kriegsministeriums stehenden Artikel im eigenen Lande der Uebergang zur Friedensproduktion unserer Industrie eine Erschwerung erfahren sollte. Abgesehen davon, daß — meiner Meinung nach — die inländische Industrie unserer Bedarf unter Bedingungen, die den im Auslande erzielbaren Preisen gleichkämen, ja sogar vielleicht noch etwas billiger, wird decken können, möchte ich dieses Bedenken mit allem Nachdruck unterstreichen, weil ich bezüglich des Beschäftigungsgrades unserer Industrie nach dem Kriege keine allzu überschüssigen Hoffnungen hege. Im Zusammenhang mit der industriellen Schutzwirkung hat diese Frage auch aus sozialem Gesichtspunkte große Bedeutung. Nach Verlauf des Krieges werden Hunderttausende von Arbeitshänden Beschäftigung suchen, und es obliegt den Regierungen, mit der gesamten ihnen zu Gebote stehenden Macht dahin zu wirken, in dieser schweren Uebergangsperiode das demoralisierende Moment der Arbeitslosigkeit nach Kräften auszuschalten oder wenigstens auf das Minimalmaß zu reduzieren. Wenn sich nun aber die heimischen Fabriken auch gegen die Konkurrenz des von seiten des Kriegsministeriums herrührenden Angebotes wappnen müssen, so wird dies gewiß auf die Produktion der Industrie und hiemit zusammenhängend auf den Beschäftigungsgrad der Arbeiter, beziehungsweise auf die Lage des Arbeitsmarktes einen abflauenden Einfluß üben.

Ich würde es für das zweckmäßigste halten, wenn die Verwertung und Verteilung der fraglichen Materialien, sowie die Organisation des umfassenden Komplexes der hiemit zusammenhängenden Transaktionen — das deutsche Beispiel vor Augen haltend — einer Institution übertragen würde, in der das Kriegsministerium, die Industrie, der Handel und — soweit auch die Landwirtschaft interessierende Artikel in Frage kämen — Vertreter der Urproduktion Platz fänden. Auch würde es nur im Interesse der Sache sein, wenn diese Organisation nicht zentralisiert unter der Regide des gemeinsamen Ministeriums wirken würde, sondern wenn zwei selbstständige Kommissionen — eine für Ungarn und eine für Oesterreich — auf Grund analoger Prinzipien zustandekämen und die Waren auf Grund der Quote den beiden Ländern überwiesen würden. Für die Konstituierung gesonderter Kommissionen spricht — abgesehen von allem anderen — der Umstand, daß die ungarische Regierung eher in der Lage ist, die ungarischen Bedürfnisse zu überblicken und abzuwägen und daß hiedurch sowohl die ungarischen Organe als auch die Kaufleute von den unter den heutigen Verhältnissen wenig angenehmen und ziemlich kostspieligen fortwährenden Wiener Reisen verschont blieben.

Im Zusammenhange mit der nunmehr von verschiedenen Seiten belauschten Frage hätte ich auch noch einige Bemerkungen in betrefi der in der Uebergangszeit nach dem Kriege vorzunehmenden Wareneinfuhr und Rohstoffaufteilung vorzubringen, auf deren Gestaltung dem Kriegsministerium, als bedeutendstem Konsumenten der Monarchie, ein einschneidendes Einfluß zustehen wird. Die Rohstoffeinfuhr in die beiden Staaten unserer Monarchie wird in der hoffentlich nicht allzulange andauernden Uebergangsperiode zweifellos zentralisiert erfolgen. Dies erscheint sowohl aus dem Gesichtspunkte der vorteilhafteren Erwerbung der Waren als auch einer rationalen Ausnützung der Schiffstonnage und einer glatten Beschaffung der ausländischen Valuta als sehr zweckdienlich. Meines Wissens gibt es in bezug auf eine solche Organisation der Einfuhr zwischen den Ansichten der maßgebenden Kreise der beiden Staaten keinen Gegensatz. Nicht so ist dem jedoch mit der Frage der Aufteilung der einzuführenden Rohstoffe. In Oesterreich hat man sich nämlich sehr maßgebenden Ortes zu der Auffassung bekannt, daß die eingeführten Rohstoffe unter die bestehenden Industrieunternehmungen der Monarchie im Verhältnis ihrer Produktions-, beziehungsweise Leistungsfähigkeit zur Aufteilung gelangen sollen. Demnach würde Oesterreich zum Beispiel von den auf dem Gebiete der Rohstoffbeschaffung die wichtigste Rolle innehabenden Textilmaterialien — mit Rücksicht darauf, daß in den Textilfabriken Oesterreichs fünf Millionen Spindeln tätig sind, während die Spindelzahl der ungarischen Textilindustrie kaum den zehnten Teil dieser Zahl erreicht — zehnmal soviel beanspruchen dürfen als Ungarn. Ich halte den Standpunkt der Oesterreicher für unakzeptabel. Meiner Meinung nach ist die Aufteilung der Bekleidungsartikel beinahe so wichtig als die der Nahrungsmittel, so daß auch hier die einzige richtige Grundlage die Bevölkerungszahl bietet. Natürlich würde zwischen den beiden Staaten der Monarchie auch in diesem